



22. Februar 2019

AUSGABE 2/2019

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,*

die Laune der SPD-Fraktion in Berlin hellt sich auf! Bei aktuellen Umfragewerten liegen wir zwischen 18 und 19 Prozent und sind damit wieder zweitstärkste Kraft im Bund. Das ist noch kein Grund zum Jubeln, aber einer zum Hoffnung schöpfen. Wir setzen die richtigen Themen – wie Starke-Familien-Gesetz, Grundrente und Anhebung des Mindestlohns.

Dass die Union unsere Vorschläge als „zu teuer“ oder „völlig unseriös“ abweist, gleichzeitig aber Entlastungen für Spitzenverdiener fordert, verdeutlicht die völlig unterschiedlichen Ziele von SPD und CDU/CSU. Auch das ist wichtig für eine bessere Orientierung der Wähler. Es zeigt: Politik ist eben nicht „alles die gleiche Soße“.

## **Grundrente muss ohne Bedürftigkeitsprüfung kommen**

Zu viele Menschen in Deutschland können nicht von ihrer Rente leben, obwohl sie einen Großteil ihres Lebens gearbeitet haben. Die von unserem Arbeitsminister Hubertus Heil vorgestellte Grundrente bekämpft diese Form der Altersarmut.

Wer mindestens 35 Jahre gearbeitet, Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt hat und trotzdem im Alter nur Anspruch auf Grundsicherung hat, soll künftig eine höhere Rente erhalten – bis zu 447 Euro mehr pro Monat. Insgesamt würden 3 bis 4 Millionen Menschen von der verbesserten Rente profitieren.

Wir wollen bei der Grundrente bewusst keine Bedürftigkeitsprüfung einführen. Denn Erfahrungen zeigen, dass viele Menschen, die eigentlich Anspruch auf zusätzliche Leistungen hätten, oft aus Scham nicht zum Amt gehen. Abgesehen davon soll eine Rente aufgrund der individuellen Lebensleistung eines Menschen gezahlt werden. Daher wäre es falsch, beispielsweise das Einkommen des Ehemannes zu prüfen. CDU und CSU bestehen aktuell noch auf eine Bedürftigkeitsprüfung, aber wir werden für das Konzept von Hubertus Heil kämpfen!

Perspektivisch darf es erst gar nicht dazu kommen, dass Menschen sehr niedrige Renten erhalten. Daher wollen wir weiter die Tarifbindung stärken. Denn gute Löhne sind das beste Rezept gegen Altersarmut!

Die Union kritisiert momentan, dass die zu erwartenden Kosten der Grundrente von knapp 5 Milliarden Euro pro Jahr zu hoch seien. Gleichzeitig plädiert sie aber dafür, den Solidaritätszuschlag auch für Spitzenverdiener abzuschaffen, was geringere Einnahmen von knapp 11 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten würde. Wir wollen es genau umgekehrt: Den Soli für Spitzenverdiener erhalten und Rentner unterstützen, die es nötig haben.

---

## *Der Sozialstaat der Zukunft*

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt das vom Parteivorstand vorgelegte Konzept für einen neuen Sozialstaat mit dem Schwerpunkt Arbeit. Mit ihm werden auf kommende Herausforderungen sozialdemokratische Antworten formuliert. Und das mit einem klaren Kompass: Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit.

Wir wollen jedem Einzelnen Arbeit und Teilhabe ermöglichen. Wir wollen ein Recht auf Arbeit statt bedingungsloses Grundeinkommen. Das Konzept sieht daher vor:

- Tarifverträge auszuweiten, z. B. durch steuerliche Besserstellung tarifgebundener Unternehmen
- den Mindestlohn auf zwölf Euro anzuheben
- Menschen länger Arbeitslosengeld I zu zahlen, wenn sie länger eingezahlt haben
- mit dem Arbeitslosengeld Q ein Recht auf Qualifizierung einzuführen
- ein Recht auf Home-Office

Wir müssen den Sozialstaat aus der Perspektive der Menschen denken, die ihn brauchen, nicht derer, die ihn missbrauchen. Hartz IV wollen wir daher durch ein Bürgergeld ersetzen. Deshalb:

- soll in den ersten zwei Jahren des Bezuges das Vermögen und die Wohnungsgröße nicht mehr geprüft werden
- wird es erweiterte Zuverdienstmöglichkeiten geben
- keine unverhältnismäßigen Sanktionen, Leistungen werden nicht mehr komplett gestrichen
- bessere Förderung von Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen

Für Kinder führen wir eine gesonderte Kindergrundsicherung ein. Durch die Zusammenführung bisheriger Leistungen (u. a. Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket) wird monatlich nur noch ein Betrag ausgezahlt – so schaffen wir ein deutlich unkomplizierteres System.

Der DGB und einige Sozialverbände haben unseren Vorschlägen bereits ein positives Zeugnis ausgestellt. Die Überlegungen zum Thema Arbeit waren nur der erste Schritt. Demnächst folgen weitere Konzepte zur Alterssicherung, Gesundheit, Pflege und Wohngeld.

---

## *Digitalisierung der Schulen kann starten*

Es ist vollbracht, der Digitalpakt kommt! Vertreter aus Bundestag und Bundesrat haben sich im Vermittlungsausschuss geeinigt. Daher konnten wir gestern die nötigen Grundgesetzänderungen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschließen.

Insgesamt stehen nun 5 Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen zur Verfügung. Das Geld kann z. B. für WLAN-Ausrüstung, Tablets, Laptops, Software oder Fortbildungen der Lehrkräfte genutzt werden.

---

## ***Betriebsrentner endlich entlasten***

Nach wie vor zahlen viele Menschen den doppelten Krankenkassenbeitrag auf ihre Betriebsrenten. Dies ist nicht mehr zeitgemäß, denn die Regelung wurde 2004 mit dem Ziel eingeführt, den finanziell angeschlagenen Krankenkassen zu helfen. Das ist mittlerweile längst erreicht. Ich kann daher absolut nachvollziehen, dass viele betroffene Rentner kein Verständnis mehr für die doppelte Belastung haben. Wir fordern daher bereits seit längerem, diese Ungerechtigkeit so schnell wie möglich zu beenden.

Nachdem die Union das Thema jahrelang blockiert hat, ist in den letzten Wochen endlich Bewegung in die Sache gekommen. Der Gesundheitsminister hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Beiträge ab 2020 halbieren soll. Den Ansatz begrüße ich, halte aber die Art der Finanzierung für falsch.

Denn der Entwurf aus dem Ministerium sieht vor, die zu erwartenden Kosten zum Großteil auf die Steuerzahler abzuwälzen. Sinnvoller und gerechter wäre es, wenn die Kassen das Geld aus ihren prallgefüllten Rücklagen bereitstellen würden.

In der letzten Woche hat die Bundeskanzlerin das Projekt gestoppt. Die Abschaffung der Doppelverbeitragung bezeichnet sie als nicht relevant. Dafür hat sie jedoch auch viel Kritik aus den eigenen Reihen erhalten. Die Union muss sich nun schleunigst einig werden, ob sie 6 Millionen Rentner enttäuschen möchte.

---

## ***Illegale Beschäftigung bekämpfen und Mindestlohn kontrollieren***

Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug schädigen nicht nur den Staat, sondern auch die vielen ehrlichen Unternehmen, die sich unfairer Konkurrenz ausgesetzt sehen. Zudem haben auch die Beschäftigten unter den Folgen zu leiden – beispielsweise durch die Umgehung des Mindestlohns.

Um solch illegale Beschäftigung einzudämmen, hat das Kabinett am Mittwoch einen Gesetzentwurf von unserem Finanzminister Olaf Scholz verabschiedet. Kernpunkte der neuen Regelung: Der Zoll erhält zusätzliche Befugnisse und deutlich mehr Personal. So kann er den Mindestlohn besser kontrollieren sowie gegen Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen und Ausbeutung am Arbeitsplatz effizienter vorgehen.

Künftig soll der Zoll bspw. bereits eingreifen können, wenn sich ein Geschäft auf dem sogenannten Arbeiterstrich anbahnt. Hier werden oft Menschen aus dem Ausland für schwere körperliche Arbeit angeworben und weit unter Mindestlohn oder gar nicht bezahlt. Bislang konnte der Zoll nur eingreifen, wenn der Missbrauch bereits passiert ist. Zudem soll es Mindeststandards für Unterkünfte geben, damit Matratzenlager in feuchten Kellern für ausländische Arbeitskräfte der Vergangenheit angehören.

## *Umweltministerium legt Klimaschutzgesetz vor*

Beim Klimaschutz braucht es keine weiteren Absichtserklärungen, sondern verbindliche, gesetzlich verankerte Ziele.

Unsere Umweltministerin Svenja Schulze hat nun ein richtig ambitioniertes Klimaschutzgesetz vorgeschlagen. Es sieht konkrete Emissionsziele für die Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft vor. Wird ein Ziel nicht erreicht, ist die Bundesregierung verpflichtet, umgehend ein Sofortprogramm aufzulegen. Im Ergebnis sollen die Emissionen bis 2050 um 95 Prozent sinken.

Dass die Union jetzt versucht, das im Koalitionsvertrag beschlossene Klimaschutzgesetz zu diskreditieren, zeigt, dass viele Konservative den Ernst der Lage beim Klima nach wie vor nicht erkannt haben. Wir bleiben im Sinne des Klimas weiter dran!

---

Die nun folgenden zwei Wahlkreiswochen sind terminlich bei mir recht eng getaktet. Darunter befinden sich natürlich Karnevalsveranstaltungen, aber auch Ortsvereins- und Stadtbezirkssitzungen wie in Aplerbeck, Scharnhorst und Eving-Lindenhorst. Bei weiteren Bedarfen bitte ich euch um frühzeitige Absprache, da in diesem Jahr häufig zwei aufeinanderfolgende Sitzungswochen in Berlin stattfinden. Zudem habe ich tatsächlich schon Termine für Januar 2020 zugesagt. Wer zuerst kommt, hat halt auch eher die Chance, berücksichtigt zu werden.

Ein schönes Wochenende und ein fröhliches Helau!

Eure

